

UN-Umsiedlungsprogramm für 250 Millionen Flüchtlinge: Das Überrennen der Staaten

11. August 2018 <https://www.pravda-tv.com/2018/08/un-umsiedlungsprogramm-fuer-250-millionen-fluechtlinge-das-ueberrennen-der-staaten-video/>



Mit ihrem beschlossenen Migrationsabkommen wollen die UN Flüchtlingsströme global steuern. US-Präsident Donald Trump weiß, was das für sein Land bedeutet: Er hat sich als einziges Oberhaupt eines UN-Mitgliedes verweigert.

Auch Ungarn befürchtet Schlimmes. Es geht um 250 Millionen Flüchtlinge – Kritiker sprechen von einem „Umsiedlungsprogramm“.

Deutschland beteiligt sich daran – genau wie 192 von 193 Staaten. Angeblich solle mit der Erklärung, die im Dezember in Marokko unterzeichnet wird, die weltweite Migration „geordnet“ gesteuert werden.

Das von Viktor Orban geführte Ungarn erwägt nun aus dem Abkommen auszusteigen. Die Budapester Regierung befürchtet, der Pakt könnte die Migrationsbewegungen nach Europa weiter verstärken.

Die USA hatten sich schon vorher aus den Verhandlungen zurückgezogen. Offizielle Begründung: Das Abkommen sei mit der Souveränität der Vereinigten Staaten nicht vereinbar ([Italien stoppt den Migrationsstrom, doch sofort gibt es eine neue Route – Wer steckt hinter dem Ganzen?](#)).

Nach Auskunft von UN-Vertretern soll der Vertrag durch „zwischenstaatliche Zusammenarbeit und unter Berücksichtigung der nationalen Souveränität“ Migration sicher und geordnet machen.

Laut UN gibt es weltweit mehr als 250 Millionen Migranten. Das berichtet mit Bezug auf Reuters heute weltweit die Medien, auch deutsche. „Migration ist eine Tatsache“, sagte der Präsident der UN-Vollversammlung, Miroslav Lajcak.

„Aber wir hatten bislang kein Instrument, um diesen Prozess zu lenken, zu steuern.“ Dies soll sich mit den Abkommen nun ändern, wie der Schweizer UN-Botschafter Jürg Lauber betonte. „Die Stärke des Dokuments besteht in seinem praktischen Wert.“

Kritiker haben das Abkommen schon während der Verhandlungen als „großes Umsiedlungsprogramm“ für Afrikaner nach Europa verurteilt ([UN Globaler Pakt: Bleiberecht für alle Migranten!](#)).

Das Überrennen der Staaten

Der Blog danisch.de berichtet wie folgt:

Vermutlich gibt es uns schon nächstes Jahr nicht mehr.

Und behaupten die nicht immer, die Presse wäre unabhängig und nicht politisch gesteuert?

Ich bekomme gerade jede Menge Leserhinweise (wie immer).

Einer bezieht sich auf so eine [patriotische Online-Petition](#), wonach 191 der 193 UN-Mitgliedsstaaten (außer USA und Ungarn) vorhätten, im Dezember den „Globalen Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration“ zu unterzeichnen, der einfach grenzenlose Migration eröffnet und jede Gegenwehr verbietet ([Marrakesch-Erklärung: Aufnahme von bis zu 300 Millionen Migranten durch EU vereinbart](#)).

Dann werden wir einfach über den Haufen gerannt und das war's. Dann ist nichts mehr übrig.

Dann werden wir auch keine Rente mehr bekommen, weil einfach niemand mehr da ist, der sowas wie Rentenzahlungen noch kennt oder das noch einsieht, „Weißen“ Geld zu geben. In Südafrika werden gerade weiße Farmer reihenweise enteignet, verprügelt, davongejagt.

Allerdings weiß ich jetzt nicht, ob das mit den vereinten Nationen so stimmt. Es würde aber zu ihnen passen.

Ein anderer Leser weist mich dazu aber [auf genau diesen Entwurf dazu hin](#), der nicht nur unter un.org liegt, und in dem ebenfalls steht, dass das am 10. und 11. Dezember in Marokko unterzeichnet werden soll und im Prinzip die Tore für beliebige Migration öffnet.

Man könnte sich jetzt seinen Teil dazu denken, dass ein zentraler Bad Guy, so eine Art finsterner Zauberer, Sith Lord, George Soros, hinter der Migration die Fäden zieht, der ungarischer Abstammung ist und in den USA lebt.

Und was sollen die einzigen zwei Staaten sein, die bei dieser Selbsterstörung nicht mitmachen? Ungarn und die USA. Na, sowas ([Die europäische Endlösung: Migrationsflut biblischen Ausmaßes kommt auf uns zu!](#)).

Ich habe das Ding noch gar nicht richtig gelesen, aber der Leser wies mich auf Seite 24 hin. Da steht (englischer Text s. Link ganz oben):

Wir verpflichten uns, alle Formen der Diskriminierung zu beseitigen sowie Äußerungen, Handlungen und Erscheinungsformen von Rassismus, Rassendiskriminierung, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz gegen alle Migranten im Einklang mit den internationalen Gesetzen über Menschenrechte zu verurteilen und zu bekämpfen.

Wir verpflichten uns weiterhin, einen offenen und auf Beweisen gestützten öffentlichen Diskurs über Migration und Migranten in Partnerschaft mit allen Teilen der Gesellschaft zu fördern, der in dieser Hinsicht eine realistischere, humanere und konstruktivere Wahrnehmung hervorbringt. Wir verpflichten uns auch, die Meinungsfreiheit im Einklang mit internationalen Gesetzen zu schützen, indem wir anerkennen, dass eine offene und freie Debatte zu einem umfassenden Verständnis aller Aspekte der Migration beiträgt.

Um diese Verpflichtung in die Tat umzusetzen, werden wir folgende Maßnahmen ergreifen:

a) Erlassung, Umsetzung oder Beibehaltung einer Gesetzgebung, die Hasskriminalität und schwere Hassverbrechen gegen Migranten ahndet sowie Ausbildung von Strafverfolgungsbeamten und anderen Beamten, um solche Straftaten und andere Gewalttaten, die gegen Migranten gerichtet sind, zu erkennen, zu verhindern und darauf zu reagieren sowie Bereitstellung medizinischer, rechtlicher und psychosozialer Hilfe für Opfer

b) Befähigung von Migranten und Gemeinschaften, jede Form von Anstiftung zu Gewalt gegen Migranten anzuprangern, indem sie über verfügbare Mechanismen für Abhilfemaßnahmen informiert werden, und

Gewährleistung, dass diejenigen, die sich aktiv an der Begehung von Hassverbrechen gegen Migranten beteiligen, im Einklang mit nationalen Gesetzen und unter Wahrung des internationalen Menschenrechtsrechts, insbesondere des Rechts auf freie Meinungsäußerung, zur Rechenschaft gezogen werden

c) Förderung unabhängiger, objektiver und qualitativ hochwertiger Berichterstattung durch die Medien, einschließlich internetbasierter Informationen, unter anderem durch die Sensibilisierung und Schulung von Medienprofis zu migrationsbezogenen Themen und Begrifflichkeiten, Investitionen in Standards ethischer Berichterstattung und Werbung sowie Beendigung der Vergabe öffentlicher finanzieller Förderung oder materieller Unterstützung von Medien, die systematisch Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und andere Formen der Diskriminierung von Migranten fördern, unter voller Berücksichtigung der Pressefreiheit

d) Einrichtung von Mechanismen zur Prävention, Aufdeckung und Reaktion auf rassistische, ethnische und religiöse Profilbildung von Migranten durch Behörden sowie systematischer Vorkommnisse von Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und aller anderen mehrfachen und sich überschneidenden Formen der Diskriminierung in Zusammenarbeit mit nationalen Menschenrechtsinstitutionen, einschließlich der Verfolgung und Veröffentlichung von Trendanalysen und der Sicherstellung des Zugangs zu wirksamen Beschwerde- und Abhilfemechanismen

e) Die Gewährung des Zugangs zu nationalen und regionalen Beschwerde- und Abhilfemechanismen gegenüber Migranten, insbesondere Migrantinnen, im Hinblick auf die Förderung der Rechenschaftspflicht und Ergreifung von Maßnahmen der Regierung in Bezug auf diskriminierende Handlungen und Kundgebungen gegen Migranten und ihre Familien

f) Förderung von Sensibilisierungskampagnen, die auf Herkunfts-, Transit- und Zielgemeinschaften abzielen, um die öffentliche Wahrnehmung im Hinblick auf positive Beiträge zu einer sicheren, geordneten und regelmäßigen Migration auf der Grundlage von Beweisen und Fakten zu informieren und Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Stigmatisierung gegenüber allen Migranten zu beenden

g) Einbeziehung von Migranten, politischen, religiösen und gemeinschaftlichen Führungspersonlichkeiten sowie Pädagogen und Dienstleistern zur Aufdeckung und Verhinderung von Vorkommnissen der Intoleranz, des Rassismus, der Fremdenfeindlichkeit und anderer Formen der Diskriminierung von Migranten und Diasporas sowie zur Unterstützung von Aktivitäten in lokalen Gemeinschaften zur Förderung gegenseitigen Respekts, einschließlich im Rahmen von Wahlkampagnen

Lest Euch mal den ersten Satz durch.

Sie wollen nicht nur Diskriminierung, sondern jegliche Form der Missbilligung und Meinungsabweichung „eliminieren“. Man darf nicht mehr ablehnender oder kritischer Meinung sein.

Man will einen Diskurs konstruieren, der allen einhämmert, dass sie Migration gefälligst für gut zu halten hätten ([EU-Papier beweist! Es ging nie um „Flüchtlinge“, sondern um eine geplante „Neuansiedlung“](#)).

Dann sagen sie zwar, dass sie für Redefreiheit eintreten wollen, aber das widerspricht den ersten Aussagen.

a) Jede Form von „hate crime“ gegen Migranten muss unter Strafe gestellt werden. Von hate crime gegen Einheimische sagen sie nichts, das soll wohl erlaubt sein.

b) Migranten und ihre Organisationen sollen jeden „denunzieren“ (wie übersetzt man denounce besser? Anzeigen?) können, der irgendetwas gegen sie unternimmt.

c) Die Presse soll mit Propaganda betankt werden, Journalisten sollen „erzogen“ werden, schön zu schreiben, und wer nicht gehorcht, dem müssen alle öffentlichen Gelder entzogen werden.

Bedenkt man, dass die Presse gerade jammert, dass sie zum Überleben auf öffentliche Gelder angewiesen ist, weiß man, was das heißt.

d) Meinungen müssen überwacht werden, und wenn jemand nicht spurt, müssen dagegen wirksame Maßnahmen ergriffen werden.

e) Migranten müssen Beschwerdestellen haben um sich zu beschweren. Für Einheimische ist sowas nicht vorgesehen.

f) Es werden Kampagnen durchgeführt, die die Migration besonders positiv darstellen sollen, auch in den Herkunftsländern, damit möglichst viele migrieren. Weil vorher schon festgelegt ist, dass Migration toll, gut und nützlich ist. Empirie wartet man nicht ab.

g) Blockwarte werden errichtet: Migrantische, politische, religiöse oder sonstige Anführer, Lehrer, Ausbilder, Dienstleister sollen jede Form von Intoleranz=Kritik an Migranten oder alle den Unterstützungsmaßnahmen entdecken und *verhindern*, auch bei Wahlen.

Heißt: Wir werden einfach überrannt, übernommen und haben dazu das Maul zu halten.

Gefragt, ob wir das wollen, wurden wir nie, eine demokratische Abstimmung gab es nie. Jedenfalls nicht bei uns. In den Vereinten Nationen haben die an Plünderung interessierten Staaten die Stimmenmehrheit, es gibt nun einmal viele Staaten und Menschen in Afrika.

Könnt Ihr Euch noch an Norbert Blüm mit „die Rente ist sicher“ erinnern? Die ist nicht nur nicht sicher. Bis dahin wird es sowas wie Rente oder Staat gar nicht mehr geben. Das ist dann hier nur noch jeder gegen jeden und der Stärkste gewinnt ([Bischof der katholischen Kirche: „Hinter der Migration steht ein Plan, die europäischen Völker auszutauschen“](#))..

Legt man die Vorgänge in Südafrika als Maßstab an, wird es die *Rentenempfänger* bis dahin allerdings auch nicht mehr geben.